



Christian Solidarity International

Stiftung CSI-Schweiz

Zelglistrasse 64 | Postfach 70
8122 Binz (ZH)
Tel 044 982 33 33 | Fax 044 982 33 34
info@csi-schweiz.ch | www.csi-schweiz.ch
www.facebook.com/CSI.Schweiz

Fondation CSI-Suisse

Bureau Suisse romande
Könizstrasse 176
3097 Liebefeld
Tél. 031 971 11 45 | Mob. 079 820 71 40
info@csi-suisse.ch | www.csi-suisse.ch
www.facebook.com/CSI.francais

Binz bei Maur, 21. September 2020

Medienmitteilung

Ehemaliger Stellvertretender Gouverneur der Zentralbank von Nigeria wegen Aussage über die Massaker im Landesinneren bedroht

Nach einem Radio-Interview erhält Obadiah Mailafia Morddrohungen und wird vom Staat bedrängt

Nach Morddrohungen und wiederholten Verhören durch Sicherheitsbeamte musste Dr. Obadiah Mailafia, der ehemalige stellvertretende Gouverneur der nigerianischen Zentralbank, besondere Schutzmassnahmen ergreifen. Die Drohungen erfolgten, nachdem Mailafia offizielle Berichte über die weit verbreitete Ermordung und Vertreibung von Zivilisten in Zentralnigeria öffentlich angezweifelt hatte.

In einem [Radiointerview](#) vom 10. August 2020 berichtete Dr. Mailafia, dass die verheerenden Angriffe islamistischer Fulani-Milizen gegen sesshafte, vorwiegend christliche Bauerngemeinschaften im Zentrum des Landes Teil einer politischen Agenda sind und Ausmasse eines Völkermordes angenommen haben. Das ultimative Ziel sei es, die indigene Bevölkerung aus ihrem angestammten Land zu vertreiben und Zentralnigeria in Weideland für die Fulani-Viehhüter umzuwandeln. Mailafia ist der Ansicht, dass das labile politische Gleichgewicht Nigerias zugunsten eines militanten Islamismus aus dem Lot geraten würde, sollte dieses Vorhaben gelingen. Politisch hat Mailafia eine rote Linie überschritten, weil er darlegte, dass die Täter materielle und politische Unterstützung vom nigerianischen Staat erhalten. "Die Regierung ist an den Morden beteiligt", sagte er. "Daran besteht kein Zweifel."

Dr. Mailafia widerspricht der vom nigerianischen Präsidenten **Muhammadu Buhari** sowie von westlichen Medien und Politikanalysten häufig zitierte Darstellung, dass die Tötungen in Zentralnigeria eine Folge der Auseinandersetzungen zwischen „Bauern und Nomaden“ über die Landnutzung seien, die durch den Klimawandel verschärft werden. "Diejenigen, die dies behaupten, sind Komplizen des Völkermords", sagte er. "Was geschieht, ist eine Fortsetzung des Dschihad. Das Ziel ist es, diese Bauern zu vertreiben und sie ihres Landes zu berauben."

Hohe Bekanntheit

Der hohe Bekanntheitsgrad von Dr. Mailafia untermauert die Schwere seiner Vorwürfe. Dr. Mailafia wurde im zentralen Bundesstaat Kaduna geboren und ist ein bekannter nigerianischer Entwicklungsökonom, der von 2005-2007 als stellvertretender Gouverneur der nigerianischen Zentralbank tätig war und von 2010 bis 2015 als Stabschef der „Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten

(AKP-Gruppe)“ in Brüssel amtierte. Im Jahr 2019 kandidierte er als Vertreter der Partei „African Democratic Congress“ für das Präsidentenamt Nigerias.

Kurz nach seinem Radiointerview erhielt Dr. Mailafia Morddrohungen und Warnungen, dass innerhalb des Sicherheitsapparats ein Komplott gegen ihn geschmiedet werde. Mehrfach wurde er von nigerianischen Sicherheitskräften festgenommen und verhört. Um aus der Haft entlassen zu werden, musste er eine Schweigepflicht unterzeichnen. Aus Furcht um sein Leben und seine Freiheit hält er sich nun an einem unbekanntem Ort auf.

Mehr Menschen getötet als Boko Haram

Das Ausmass der von den Fulani-Milizen verübten Gewalt in Zentralnigeria steht in einem unmittelbaren Wettbewerb zu den Gewalttaten der weitaus bekannteren Terrorgruppe Boko Haram. Gemäss dem „Globalen Terrorismus-Index“ (2019) waren die Fulani-Extremisten im Jahr 2018 für die meisten Terroropfer in Nigeria verantwortlich, ganz zu schweigen von der Vertreibung von 300'000 Menschen.

Genozidwarnung

Christian Solidarity International (CSI) verurteilt ausdrücklich die Bedrohung und Drangsalierung von Dr. Mailafia und fordert nigerianische Amtsträger auf, der Verfolgung und Einschüchterung kritischer Stimmen ein Ende zu setzen. Beunruhigt über die Zunahme religiöser Gewalt in Nigeria, hat Christian Solidarity International im Januar 2020 eine [Genozidwarnung](#) herausgegeben und die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates aufgefordert, ihren Verpflichtungen aufgrund der Völkermordkonvention von 1948 nachzukommen.

„Er bezahlt einen hohen Preis“

John Eibner, Präsident von Christian Solidarity International, betont: "Dr. Obadiah Mailafia hat die Realität der ethnischen und religiösen Säuberungen im südlichen Teil des Staats Kaduna und in Zentralnigeria beschrieben. Er zahlt jetzt einen hohen Preis dafür, dass er die Wahrheit sagt".

Christian Solidarity International ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Religionsfreiheit und Menschenwürde einsetzt. Sie leistet seit 2013 den von terroristischer Gewalt betroffenen Nigerianern materielle Hilfe und hat eine Webseite erstellt, die sich dem Konflikt in Nigeria widmet: www.nigeria-report.org.

Kontakt

Joel Veldkamp
joel.veldkamp@csi-int.org